

Ökolumne 11/04: Gentechnikgesetz

von Ulrich Brehme

Mit dem Anbau genveränderter Pflanzen wird die kommerzielle Nutzung einer nicht rückholbaren Technik angestrebt. Das ist aus ökologischer Sicht nicht akzeptabel. Zudem wollen 80 % der Verbraucher in Deutschland keine Gentechnik im Essen.

Vor kurzem wurde von Bundesregierung und Bundestag nun ein neues Gentechnikgesetz beschlossen, das sich derzeit im Vermittlungsausschuss befindet. Dabei wurden von den Lobbyisten der Gentechnik-Industrie besonders die neu eingeführten Haftungsregeln kritisiert. Ob diese aber überhaupt im gewünschten Maße wirksam sein werden oder umgangen werden können, kann noch nicht gesagt werden.

Auch die bereits durch den Pestizideinsatz stark geschädigten Imker werden durch die Zulassung genveränderter Pflanzen weiter geschädigt. Die Bienen fliegen etwa 20 km weit. Dagegen sind die bisher öffentlich diskutierten Entfernungen von einigen hundert Metern durch Windbestäubung ein lächerlich kleiner Wert.

Der Schutz des gentechnikfreien Saatgutes und der Erhalt der Vielfalt der vorhandenen Sorten muss das wichtigste Ziel aus ökologischer Sicht bleiben. Die Entscheidung der EU-Kommission über die Höhe der Saatgutgrenzwerte wurde im September zunächst verschoben. Noch ist unklar, ob die EU weiterhin den Verbraucherinteressen Vorrang vor den Interessen der Gentechnik-Industrie gibt.

Gentechnik-Befürworter sehen dagegen im Gentechnikgesetz eine für sie untragbar hohe Hürde. Die eigene Verantwortung dafür weisen sie aber empört von sich. Sie fordern mehr Risikobereitschaft, wollen aber nicht die selbstverursachten Risiken übernehmen.

Was gibt es für Alternativen zu dieser fatalen Entwicklung?

Die Schaffung gentechnikfreier Zonen kann ein sinnvoller Weg sein, wenn es gelingt, diese Zonen möglichst großflächig zu errichten. Bereits innerhalb eines Jahres haben sich in Deutschland 50 gentechnikfreie Regionen mit einer landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche von 430.000 Hektar gebildet.

In diesen Zonen werden keine genveränderten Pflanzen angebaut, jedoch auf die Verfütterung genveränderter Futtermittel wird nicht verzichtet. Über 80 Prozent des weltweit angebauten Gen-Sojas und Gen-Maises werden als Futtermittel eingesetzt. Schweine werden beispielsweise mit importiertem Sojaschrot gemästet, damit sie schneller wachsen. Würde man Rapskuchen statt Soja an die Schweine verfüttern, würde der Fettanteil im Fleisch steigen, wodurch dessen Verkaufspreis stark sinken würde. Greenpeace hat jetzt ein neues Verfahren vorgestellt, mit dem sich der Einsatz von Gentechnik in der Lebensmittelproduktion nachweisen lässt. Wenn man das genveränderte Tierfutter mit einem künstlichen Isotopengemisch kennzeichnen würde, könnte man die Markierung über den gesamten Weg vom Tierfutter bis ins Schnitzel, bei Eiern oder in die Buttermilch hinein verfolgen. Man könnte z.B. Gen-Soja oder auch Tiermehl eindeutig kennzeichnen und nachweisen. Damit würden Qualitätskontrollen wesentlich vereinfacht und es würde sich wieder lohnen, auf Genfutter in der Tierhaltung zu verzichten.

Die Gentechnik führt zu einer Standardisierung der Sorten und damit zur Verdrängung der biologischen Vielfalt. Dann auftretende Pflanzenkrankheiten und Schädlinge träfen auf

eine weltweite Monokultur, was mit Sicherheit zu großen Hungersnöten führen würde. Der rot-grün-schwarz-gelbe Eiertanz um die Haftungsfrage trifft somit nicht den Kern der Sache. Für uns Ökologen gibt es nur eine tragbare Lösung: keine Gentechnik in Lebensmitteln und Landwirtschaft!